

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Lebensmut

Das Leben ist dem Menschen nicht Genuß, sondern vor allem Aufgabe. Das herrliche Licht der Natur, die lachende Kinderwelt, die kleinen und großen Vergnügen in ihren mannigfaltigen Formen, der innere Drang nach starker Lebensfreude möchte uns die Augen blenden für den Ernst des Lebens, für die harten Arbeitsbedingungen und Notwendigkeiten, für das Leid, das graulich ist an der Oberfläche und grauiger und bitterer, je mehr es sich verbirgt.

Wehe den Menschen, denen der Mut der Wahrheit fehlt, um die schöne Maske herunterzureißen vom leidenden Antlitz der Welt und des Lebens. Sie verfehlen die Lösung ihrer Lebensaufgabe. „Mensch sein heißt ein Kämpfer sein,“ sagt Goethe, der Mensch und Leben kannte. Das Lebensprinzip des Kämpfenden ist der Mut.

Mit Mut muß der Arbeiter die sich ihm von innen und außen aufdringenden Hemmnungen niederzwingen. Mit mutiger Stirne und aufrechtem Willen muß der Leidtragende dem Leide gegenüberstehen; jede Leidensstufe muß ihm eine Sprosse zur Höhe werden. Mit dem Riese des Lebensmutes muß selbst der Schiffbrüchige, der im Strudel des Lebens Schaden litt an Leib und Seele, sich an eine rettende Planke anklammern und trocknes Land gewinnen.

Lebensmut, der nicht verzagt und nicht verzweifelt, sondern kämpft und ringt und wirkt bis zum letzten Atemzuge, ist die Konsequenz aller, denen die Sterne leuchten zum lichten Lande des Jenseits.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Im „Centralblatt“ Nr. 13 wird der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1908 der Öffentlichkeit übergeben. Da es mit Rücksicht auf den Raum nicht möglich ist, den umfangreichen Bericht an dieser Stelle vollständig wiederzugeben, müssen wir uns mit einem Auszug begnügen und verweisen unsere Mitglieder zum Studium der Einzelheiten auf die betreffende Nummer des Centralblatts.

Der diesmaligen Jahresbilanz der christlichen Arbeiterorganisationen konnte man mit besonderer Spannung entgegen sehen. War doch das Krisenjahr 1908 für das Gros der christl. Gewerkschaftler ein Jahr der Probe und der Prüfung. Bei der letzten Wirtschaftskrise waren die christlichen Organisationen erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung begriffen, sodaß ein Rückschlag auf ihre Widerstandsfähigkeit wirtschaftlichen Depressionen gegenüber noch unmöglich war. Im vergangenen Jahre mußte diese Probe bestanden werden und wie die Jahresbilanz zeigt, haben die christlichen Gewerkschaften diese Prüfung glatt überstanden. Auf dem Gebiete der grundsätzlichen Festigung, inneren Stärkung, und gewerkschaftlicher Erfolge sind sogar noch bedeutungsvolle Fortschritte erzielt worden.

Die vielen offenen und versteckten Gegner haben allerdings kein Mittel unversucht gelassen, unsere Entwicklung zu hemmen. Früher wurden die christlichen Gewerkschaften — in der Regel wider besseres Wissen — als „Unternehmergründungen“, „Streikbrechervereine“ etc. verächtlich. Nachdem dies heute von niemand mehr ernst genommen wird, versucht man ihren unpolitischen Charakter in Übereinstimmung mit sie als „Zentrums-gewerkschaften“ hinzustellen, um sie damit zu isolieren und ihres Einflusses zu berauben. Aber auch dieses trampfbaste Bemühen wird vergeblich sein. Die christlichen Gewerkschaften wollen keine im Dienst einzelner Parteien stehenden Organisationen sein und sind es nicht. Ihre Hauptaufgaben liegen neben denen, der politischen Parteien, die sie lediglich möglichst alle im Sinne ihrer Bestrebungen zu beschließen suchen. Den Angehörigen anderer Parteien werden im christlichen Gewerkschaftslager die gleichen Rechte eingeräumt, aber eben-

so auch die gleichen Pflichten auferlegt, wie den sich zur Zentrums-partei bekennenden Mitglieder. Dabei sind die christlichen Gewerkschaften die einzige berufsgenossenschaftliche Arbeiterorganisation in Deutschland, bei der hinsichtlich der parteipolitischen Neutralität Worte und Wirklichkeit übereinstimmen. Während bei den sogenannten „freien“ Gewerkschaften die zirka 2000 Organisationsangestellte sich ausschließlich aus Sozialdemokraten rekrutieren und die etwa 130 Beamten der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften sich fast ebenso ausschließlich politisch im linksliberalen Sinne belagern, sind unter 200 Angestellten der christl. Gewerkschaften schon heute ca. 40, die sich politisch zur christlich-sozialen, der nationalliberalen und den freisinnigen Parteien bekennen. Unter den 20 dem Gesamtverband angeschlossenen Verbänden befinden sich 6, bei denen weder der Vorstandsvorsitzende, noch der Redakteur Zentrumsanhänger sind. Im Auschuß des Gesamtverbandes, der neben den Kongressen die höchste Instanz und Leitung der christlichen Gewerkschaften darstellt, arbeiten Angehörige der Zentrums-partei, der christlich-sozialen, nationalliberalen und der freisinnigen Parteien gemeinschaftlich zusammen, ohne daß bei dem bald zehnjährigen Bestehen des Gesamtverbandes auch nur einmal Differenzen parteipolitischer Art sich herausgebildet hätten. Das ist die Sprache der Tatsachen, an der nicht gerüttelt werden kann.

Die Macht der Tatsachen entscheidet auch in dem bedauerlichen Streit zwischen den katholischen Fachabteilungen Berlin-Trierer Richtung und den christlichen Gewerkschaften zu Gunsten der letzteren, wie die Entwicklung heute schon offensichtlich erkennen läßt. Zum Danke dafür, daß die christlich gestimmten Arbeiter zwischen sich und der sozialdemokratischen Bewegung eine reinliche Scheidung vornahmen, und die Fahne des Christentums im wirtschaftlichen Kampfgetriebe aufpflanzten, fiel man ihnen in den Rücken mit der Gründung von fast- und kraftlosen Fachabteilungen, denen die Elitetruppen der christlichen Arbeiter-schaft niemals beitreten können.

Und was haben die Zersplitterer mit ihrem Vor-gehen erreicht, worin bestehen ihre Erfolge? Bedächtig darin, heißt es im Jahresbericht, daß sie die christlichen Gewerkschaften um mindestens 100 000 Mitglieder in ihrer zahlenmäßigen Entwicklung gehemmt haben. Daß ohne Fachabteilungen in Deutschland auch nur 1000 Arbeiter weniger den katholischen Arbeiter-vereinen angehören würden, wird „Eis-Verian“ selbst im Ernst nicht behaupten wollen.

So aber wurden Tausende deutscher Arbeiter durch den erbitterten Kampf, den die sozialdemokratische Presse weidlich ausnützte, von der christlichen Arbeiterbewegung ferngehalten. Der Kampf der katholischen Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften kann natürlich auch der Sache des Christentums nicht nützlich sein. Die Hineingerrung der kirchlichen Autoritäten in die wirtschaftlichen Interessenkämpfe hat noch stets unheilvolle Folgen gehabt. Auch alle übrigen Interessengruppen lassen bei ihren Bestrebungen kirchliche Autoritäten aus dem Spiele. Mit ihren wirtschaftlichen und sonstigen Erfolgen aber können die katholischen Fachabteilungen die Konkurrenz gegenüber den christlichen Gewerkschaften nicht bestehen, so daß sie die religiöse Verleugung der christlichen Gewerkschaften als eisernen Bestandteil in ihrem Agitationsarsenal nicht entbehren können.

Diese Tatsache, wie die Behormundung der christlichen Fachabteilungsdirigenten bildeten auch die Veranlassung zu der vielerörterten Aussprache auf der Züricher Konferenz und ihren Begleiterscheinungen.

Der aus diesem Anlaß erfolgte heftige Vorstoß der Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften ist jedoch wirkungslos verpufft. In Zürich wurde für die Arbeiter zur Verfolgung ihrer berufsgenossenschaftlichen Bestrebungen, im Rahmen der Achtung vor der religiösen Überzeugung und vor der kirchlichen Bestimmung ihrer Mitglieder, keine andere organisa-

torische Selbständigkeit gefordert, als diejenige, die anderen Interessengruppen nie verwehrt wurde, und wogegen Einwände von kirchlicher Seite nie erhoben wurden. Die im Anschluß an „Zürich“ in Versammlungen und in der Presse geführten Diskussion hat, soweit Mißverständnisse vorlagen, diese geklärt und im übrigen ein klareres Kampffeld für die christlichen Gewerkschaften offen gelegt. Heute wissen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands wieder, wo sie außerhalb des Arbeiterlagers und auch in kirchlichen Kreise ihre Freunde und Gegner zu suchen haben. Und das ist für unsere Bewegung ein unbestreitbarer Gewinn. — Ein weiterer prinzipiell wie agitatortisch wichtiger Erfolg der Züricher Konferenz war der dort zustande gekommene internationale Zusammen-schluß, der in dem in Zürich errichteten internationalen Sekretariat eine praktisch arbeitende Spitze gefunden hat.

Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften haben sich im Berichtsjahr noch einige Organisationsgruppen angeschlossen. So eine Lokalorganisation der Steinarbeiter in Wahren und Anfang dieses Jahres der Reichsverband deutscher Metall- und Eisenbahner-Handwerker- und Arbeiter, der gleich bei der Bildung dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften beitrug und heute nach halbjährigem Bestehen bereits 7000 Mitglieder zählt. Diese Verbandsgründung hatte einen heftigen Kampf gegenüber dem Trierer Eisenbahnerverband und dessen unter Fachabteilungs-schluß stehenden Vorständen Mollz im Gefolge, wobei letzter deoart bloßgestellt wurde, daß er inzwischen sein Amt niederlegen mußte.

Die Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften im 1908 weicht von der der voraus-gegangenen Jahre ab. Während frühere Jahre und teilweise sehr bedeutende Zunahmen zu verzeichnen waren, ist im Berichtsjahre ein kleiner Rückgang eingetreten. Diesem Umstande ist indes eine Bedeutung nicht beizumessen; er findet seine Erklärung in den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, während der Berichtsperiode. Auch die beiden anderen deut-schen Gewerkschaftsgruppen haben 1908 mit größeren Verlusten zu rechnen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften wurden im Berichtsjahre von einem Mitgliederverlust von 75 183 betroffen. Und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ziehen es — entgegen ihrer seitherigen Geslohenheit — vor, in ihrem Jahresbericht für 1908 gar keine Mitgliederziffern mehr anzugeben, wie sie auch durch einen verästelten Klassenbericht die Verhältnisse ihrer Organisationen zu verschleiern suchen. Sie werfen 1908 erstmals die Einnahmen und Ausgaben der Organisationsklassen mit den gesondert stehenden Kranken- und Begräbnis-kassen zusammen, um die Öffentlichkeit über die innere Verfassung ihrer Organisationen hinwegzu-täuschen.

Bei einem Vergleich ihrer Jahresberichte von 1908 und 1907 konnten wir indes feststellen, daß die Einnahmen der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften in allen Klassenarten sich in 1908 gegenüber dem Vorjahre um 125 016,25 Mk. verringerten (1907: 2 819 909,07 Mk., 1908: 2 694 872,73 Mk.). Darin liegt also der Schlüssel für die gekennzeichneten seltenen Winkeltage. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften dürften wieder glücklich unter 100 000 Mitglieder angelangt sein gegen 108 889 im Vorjahre, wonach sich ihr Mitgliederbestand nummehr wieder auf dieselben Höhe-kunde, wie um die mitte des Jahres 1902.

Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen verringerten vom Jahresbeginn mit 1907 zu 1908 ihren Mitglie-

Die Krankenversicherung ist die älteste und bedeutendste der drei Versicherungsarten. Und sie ist vor allem die populärste. Die bisherige ausgeübte Selbstverwaltung durch die Beteiligten ist es, welche dieser Art der Versicherung die Popularität verschafft hat.

Und gerade in diesem wichtigsten Punkte sieht der Entwurf eine grundsätzliche Änderung vor.

Ein Vorteil des neuen Entwurfs besteht in der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde und in der vorgezeichneten, allerdings nur teilweisen Zentralisation der Kassen. Bezüglich des letzten Punktes bestimmt der Entwurf insbesondere, daß in Zukunft Betriebs- und Zünfftrentenkassen mit weniger als 500 Versicherungspflichtigen (bisher 50) nicht mehr errichtet werden dürfen, wodurch besonders die Gründung kleiner Zwenzweckkassen verhindert werden soll.

Der Redner beantwortete diese Fragen und kam zu dem Ergebnis, daß die für den Fortbestand der Betriebskrankenkassen geltend gemachten Gründe nicht immer zureichend seien, und daß mindestens ebenbürtige Gründe gegen Betriebskrankenkassen geltend gemacht werden könnten.

Die einschneidendste Änderung sieht der Entwurf vor bezüglich der Halbierung der Beiträge und der Rechte der Versicherten in den Krankenkassen. Welche Gründe werden hierfür geltend gemacht?

Der Sachgrund ist der: es sollen die politisch sozialdemokratischen Einflüsse in den Kassen und der Aufsicht auf die einzustellenden Beamten ferngehalten werden. Es mag für einigen Kassen zutreffen (besonders in Berlin), daß sich tatsächlich sozialdemokratischer Einfluß geltend gemacht hat.

Die Sozialdemokraten in den Kassen sind in ihren Rechten beschränkt. Demgegenüber muß betont werden, daß die Krankenkassen doch zunächst den Zweck haben, den Kranken Arbeitern die Gesundheit wiederzugeben, ihnen ärztliche Hilfe, Arznei und Krankengeld zu vermitteln. Deshalb muß in dieser Beziehung auch die Entscheidung bei den Arbeitern liegen. Darum sind ihnen auch bei Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes Zweidrittel der Lasten auferlegt worden.

Es wird ferner eingewandt, die Arbeitgeber seien gegenüber den Arbeitern in den Kassengremien in ihren Rechten beschränkt. Demgegenüber muß betont werden, daß die Krankenkassen doch zunächst den Zweck haben, den Kranken Arbeitern die Gesundheit wiederzugeben, ihnen ärztliche Hilfe, Arznei und Krankengeld zu vermitteln. Deshalb muß in dieser Beziehung auch die Entscheidung bei den Arbeitern liegen.

Und gerade aus dem letzten Grunde will der übergroße Teil der Arbeitgeber von der Halbierung selbst nichts wissen. Es sind nur die bescheidenen Großindustriellen, welche die Idee der Halbierung propagieren, die andererseits immer nicht genug Klagen können über die unerschwinglichen Lasten, die ihnen durch die Sozialgesetzgebung auferlegt werden.

Es ist nicht die Frage, ob bei Einführung des Gesetzes überhaupt hätte eingeräumt werden sollen, sondern die Hauptfrage ist: kann man ein jahrelang bestehendes Recht ohne irgendwelchen Schaden überhaupt rückgängig machen?

Die Frage muß entschieden verneint werden. Die Einführung der Halbierung der Rechte gewisser Verhältnisse führen aber in den Betriebskassen noch zu weit größeren Mißständen wie in den Ortsklassen. Einer der vorhin erwähnten Hauptgründe für die Einführung der Zwei-Drittel-Majorität (sozialdemokratischer Einfluß auf einzustellende Beamte) trifft bei den Betriebs-

kassen überhaupt nicht zu, weil hier der Arbeitgeber die Kassenbeamten selbst anstellt. Dann werden aber die Versicherten in den Betriebskassen noch bedeutend dadurch in ihren Rechten beeinträchtigt, daß sie auf den Vorstehenden der Kasse überhaupt keinen Einfluß haben; denn die §§ 408 und 409 bestimmen, daß in Betriebskassen dem Arbeitgeber der Vorsitz zusteht, und daß derselbe alle Arbeitgeberbestimmungen abgeben kann.

Wenn diese Bestimmungen gleichzeitig mit den Bestimmungen, betreffend Halbierung der Beiträge, Gesetz werden, sind die Arbeiter dauernd zur völligen Rechtlosigkeit in den Betriebskassen verurteilt. Bei allen entscheidenden Abstimmungen im Ausschuß vereinigt der Arbeitgeber alle Stimmen in einer Person. Von den Vertretern der Versicherten braucht nur einer zu fehlen, oder einer sich der Abstimmung zu enthalten (und das kann bei allen entscheidenden Fragen der Fall sein), dann geht immer der Antrag des Arbeitgebers durch; oder es braucht nur ein „Selber“ in den Ausschuß gewählt zu werden, der ja immer mit dem Arbeitgeber stimmen muß. Selbst in der Begründung der Reichsversicherungsordnung wird zugegeben, daß bei den Betriebskassen „die persönliche Autorität des Unternehmers den eigenen Arbeitern gegenüber schwerer in die Waagschale falle.“

Somit können wir heute wohl rund heraus erklären: „In dem Fortbestehen der Kruppischen Betriebskrankenkasse haben die Kruppischen Arbeiter unter solchen Verhältnissen kein Interesse mehr.“

Nur noch ein Wort zu dem „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“. Im Jahre 1903/1904 wurde der Verband rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen gegründet, der anfangs eine harmlose Vereinigung darstellte. Die Versicherten waren in demselben von vornherein ausgeschlossen. Zum Teil bewegten sich die Bestrebungen des Verbandes im Rahmen solcher Fragen, die auch im Interesse der Versicherten lagen. Am 29. Oktober 1907 wurde in Essen der „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“ geschaffen. Da bekanntlich die Verwaltungskosten der Betriebskassen von den Unternehmern selbst getragen werden, haben dieselben die Versicherten einfach von einer Beteiligung in dem Verbande ausgeschlossen. Ja, in den meisten Betriebskassen wird der Anschluß an den Verband beabsichtigt worden sein, ohne die Vorstände gefragt zu haben. Daß dieser Verband tatsächlich nur die Interessen der Unternehmer vertritt und nicht auch die der Versicherten, hat besonders der letzte Verbandstag gezeigt. Die dort angenommenen Leitlinien zur Versicherungsreform ständen in direktem Gegensatz zu denen der Versicherten. Wenn der genannte Verband heute angibt, er umfasse 1,8 Millionen Versicherte, so ist dies in gewissem Sinne eine Täuschung der Öffentlichkeit. Die Versicherten haben mit dem „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“ nichts zu tun, und es ist jedenfalls eine Unnahe, wenn in dem Jahresbericht des Verbandes gesagt wird: „Der Verband ist angesehen worden.“

Redner fasste schließlich seine Ausführungen in nachfolgender Resolution zusammen:

„Die heute am 21. Juni 1909 von circa 3000 Kruppischen Arbeitern besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die Beibehaltung der bisherigen Rechte und Pflichten der Versicherten in den Krankenkassenorganen. Die Einführung der Halbierung in den Krankenkassen würde die Rechte der Versicherten insbesondere in den Betriebskassen völlig lahm legen, da die Arbeitgeber infolge der Übertragung der Stimmen auf eine Person den Versicherten gegenüber sich immer im Vorteil befinden. Insbesondere wird die schwer in die Waagschale fallende persönliche Autorität des Arbeitgebers (dem in den Betriebskrankenkassen der ständige Vorsitz übertragen wird), auf einen Teil der Vertreter des Ausschusses stets stark einwirken und hat bei der Abwesenheit oder Stimmeneinbehaltung nur eines einzigen Versicherungsvertreters, der Arbeitgeber immer die Majorität. Dieser Zustand wird in der Praxis dazu führen, daß sich besonders bei entscheidenden Fragen betr. Ausbau oder Herabsetzung der Leistungen usw. in fast allen Fällen von vornherein eine Majorität im Sinne und Interesse des Arbeitgebers ergibt.“

Die Versammelten erwarten, daß die berufenen Gutachter den diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ihre Zustimmung verweigern. Des ferneren haben die Versammelten bei Einführung der Halbierung der Rechte in den Krankenkassen kein Interesse mehr an dem Fortbestehen der Betriebskrankenkassen. Die auf dem Verbandstage des „Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“ am 25. Mai 1909 angenommenen Entschließungen, denen sich keineswegs mit den Interessen der Versicherten in den Betriebskrankenkassen und sind die Versicherten in dem genannten Verbande nicht vertreten. Derselbe stellt vielmehr nur eine Vereinigung der Unternehmer in den Betriebskrankenkassen dar.“

Diese Stellung zu der angeführten Aufhebung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen wird die Zustimmung aller Versicherten finden, mit Ausnahme — der Gelden, die auch in dieser wichtigen Frage wieder die Unternehmerinteressen vertreten. In einer am 27. Juni in Essen abgehaltenen Versammlung des Kruppischen gelben Werkvereins hat der Obergeselle Heß ein Referat über diese Frage gehalten, die Kruppische Betriebskrankenkasse über den grünen Meer gelobt und sich mit der Beschreibung der Selbstverwaltung durch die Halbierung einverstanden erklärt. Etwas anderes ist von dieser Seite auch nicht zu erwarten. Die bemitleidenswerten Leute verraten und verkaufen ihre eigenen Interessen.

Gewerkschaftliches.

Die Unterstützung für Einzel-Aussetztage

ist bekanntlich von der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes abgelehnt worden.

Ein Artikel in Nr. 27 der „Metall-Arbeiter-Zeitung“ mit der Überschrift: „Mitgliederhungrige Schmuckkonturrenten“ bespricht es nun so darzustellen,

als ob dieser Beschluß von unserm christlichen Metallarbeiterverband zu unlauteren Konkurrenz-zwecken ausgenutzt würde.

Man hätte ohne weiteres annehmen sollen, heißt es u. a. in dem soziald. Verbandsorgan, daß der Beschluß der Hamburger Generalversammlung bezügl. der Aussetzung der Unterstützung bei den „Christen“ nur energisch gegen diese Art der Erwerbslosunterstützung Stellung genommen hätten, was an mehreren Bitaten aus unserem Organ nachgewiesen wird. Aber in dieser Ansicht habe man sich getäuscht; jetzt trieben die Christlichen gerade mit dieser Unterstützung unlaute Konkurrenz. Als einziger Beweis dient der Metallarbeiter-Zeitung die Ortsgruppe Schwab-Gmünd, welche sich durch die Schmuckkonturrenz des freien Verbandes hat drängen lassen, bei Aussetzung der Unterstützung zu genehigen.

Darin erblickt das sozialdemokratische Blatt eine Bestätigung für seine vorgefaßte Ansicht, daß zwischen Worten und Taten der Christlichen ein unlösbarer Widerspruch bestehe, und daß sie stets das Gegenteil von dem täten, was sie als im Interesse der Arbeiter liegend für notwendig bezeichnen hätten. Soweit der Gedankengang des Artikels in der „Metallarbeiter-Zeitung“.

Demgegenüber haben wir zunächst zu bemerken, daß wir von dem, was wir in unserem Verbandsorgan über das überspannte Unterstützungsweesen geschrieben, voll und ganz aufrecht erhalten und auch unsere Verbandsleitung mit Erfolg dagegen angeklämpft hat. Daran kann auch die Unterstützung in Schwab-Gmünd nichts ändern. Wir können aber mit Zufriedenheit feststellen, daß die Unterstützungsmante in unserm Verband nicht im gleichen Maße eingegriffen, wie im freien Verband.

Tatsächlich hat uns auch der diesbez. Beschluß des Hamburger Verbandstages — Beseitigung der Aussetzungstage — um mit der „Met.-Ztg.“ zu reden, gefreut, er war eine gewisse Genugtuung für unsere Tatkraft in dieser Sache. Auch wollen wir hervorheben, daß seitens unserer Zentralleitung längst vorher auf Beseitigung der Mißstände, wo solche sich herausgebildet, mit allem Nachdruck hingewirkt wurde. Daß unsere Mitglieder in Schwab-Gmünd aber noch nicht aus der Unterstützungsmante bequitten sind, beweist die Tatsache, daß dieselben, so lange die Aussetzungstage in Kraft bleibt, auf die Krankenunterstützung Verzicht leisten wollen. Andererseits können dieselben nun nicht auf Kommando des sozialdemokratischen Verbandes über Nacht die Sache ändern, dieses wird auch der Metallarbeiterzeitung einleuchten. Die Metallarbeiterzeitung hat aber damit umso weniger Recht von Schmuckkonturrenz zu reden, als die Kollegen nur eine Art der Unterstützung beanspruchen. Der Metallarbeiterzeitung steht es übrigens schlecht an, den Entrüstedten zu spielen. In Wahrheit hat der freie Verband — dieses muß immer wieder betont werden — diesen Wider seit einer Reihe von Jahren zum Mitgliederfang benutzt und in den Werkstätten unsere Mitglieder aufzuregen versucht, und heute müssen diese Versprechungen wieder zurückgenommen werden, weil sie praktisch undurchführbar sind. Diejenigen sozialdemokratischen Mitglieder, die an diesem Wider hängen blieben, sind heute die Genarrten und Geprellten, und deren Zahl ist jedenfalls nicht gering. Um diese Unzufriedenen und Wankelmütigen bei der Stange zu halten, muß nun eine frisch-röhlische „Christen“-Sache erfüllt werden, ist allerdings sehr fraglich, denn dieselben von sozialdemokratischer Seite verzögerten Unterstützungsmenschen ist die Farbe wurscht, wenn sie nur den Verband meckern können. Und diese Sorte von Mitgliedern wollen wir keiner Gegen-Organisation streitig machen, weshalb sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und sein Organ über angebliche christliche Schmuckkonturrenz in keiner Weise aufzuregen brauchen.

Geld riecht nicht

In Nr. 25 unseres Organs haben wir schon mitgeteilt, daß bei einem Streit in der soziald. Parteipresse um die Geldquellen der „Sozialistischen Monatshefte“ die sonderbare Tatsache ans Licht kam, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften Gelder von bürgerlichen Kapitalisten erhalten hatten. Bestimmte Summen waren aber nicht genannt. Inzwischen ist diese vielfagende dunkle Geschichte etwas näher aufgeklärt worden. Die Geschäftsführerin W u n d t von den „Sozialistischen Monatsheften“ ist von der Parteipresse als diejenige angeklagt worden, die den Klingelbeutel bei bürgerlichen Geldgebern für die genannte Zeitschrift gesammelt habe. In einem neuerlichen Verteidigungsschreiben im „Vorwärts“, Nr. 146 vom 26. Juni erzählte die Genossin nun folgende höchst interessante Einzelheiten:

„Ich bin nicht mit einer Liste bürgerlicher Politiker dorthin gekommen, sondern in Frankfurt a. M. hat mir der Genosse Franz Wolf die Namen der Herren genannt, die kurz vorher für das Gewerkschaftshaus in Frankfurt 600 000 Mark gegeben hatten, darunter die Herren Haugarten, Meiton und Dr. Köpfer. Dies war die sogenannte „Liste“.“

